

Politik/Gemeindetag/Niederösterreich ***OTS-PRESSEAUSSSENDUNG***

LR Knotzer: Österreichischer Gemeindetag wendet sich gegen Schließungen im Bereich der kommunalen und öffentlichen Infrastruktur

Utl.: Über 1600 Kommunalpolitiker und Delegierte berieten über den "Wirtschaftsfaktor Gemeinde"=

St. Pölten, (SPI) - Gestern Abend ging der heurige Österreichische Gemeindetag, welcher vom 21. bis 22 Juni in Schladming stattfand, zu Ende. Es war vor allem die wirtschaftliche Bedeutung der Gemeinden, welche im Rahmen der größten kommunalpolitischen Tagung des Jahres von rund 1600 Delegierten und insgesamt 3000 Gästen diskutiert wurde. "Die Gemeinden sind ein stabiler Wirtschaftsfaktor, die Gemeinden sind größter Investor und größter Arbeitgeber in Österreich. Die Gemeinden und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch unmittelbarer Ansprechpartner der Bürger, wenn es um Lebensqualität und Service geht", so Niederösterreichs Gemeindereferent LR Fritz Knotzer, der an der Spitze der Delegation der Kommunalpolitiker des Landes Niederösterreich am Gemeindetag in Schladming teilnahm.****

Bei der Gemeindetagung wurde auch eine Reihe von politischen Forderungen, vor allem in Richtung Bundesregierung, erhoben. So sprach sich der Gemeindebund für eine engere Einbindung der Kommunen in die geplante Verwaltungsreform aus. Kritik gab es vor allem im Bereich der geplanten Schließungen von Gendarmerieposten, Postämtern und Bezirksgerichten. "Derartige Maßnahmen einfach über die Köpfe der Gemeinden und der Bevölkerung hinweg ‚durchzuziehen‘ ist keine faire Partnerschaft. Es darf nicht zu einer Zwei-Klassen Gesellschaft von Gemeinden mit und solchen ohne Infrastruktur kommen. Vielmehr müssen auch die regionalen Bedürfnisse berücksichtigt werden, worüber die Kommunalpolitiker vor Ort wohl am besten Bescheid wissen", so LR Knotzer über die Kritik der Gemeinden. Aus Sicht der Gemeindevertreter gehen manche Reformansätze jedenfalls in die falsche Richtung. "Unten alles weg zu kürzen, damit oben alles bleiben kann, wie es ist - das ist keine Reform, sondern ein negativer Umbau der Verwaltung zu Lasten des Bürgers", so Knotzer.

Eine weitere wichtige Forderung der Gemeinden richtete sich an Finanzminister Grassler. "Der finanzielle Spielraum der Kommunen und die Budgets dürfen nicht weiter geschwächt werden. Den Gemeinden wurden in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Leistungen, vor allem im Sozialbereich, überantwortet, gleichzeitig gingen die Einnahmen, vor allem durch notwendige Gesetzesanpassungen auf Bundesebene, zurück. Hier ist einmal klarzustellen, dass die Gemeinden als wichtigste Verwaltungsstruktur nächst dem Bürger ihre finanzielle Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit behalten müssen. Die Kommunen haben in den letzten Jahren viel reformiert, aber auch gespart. Von anderen Gebietskörperschaften kann man das nicht sagen", sieht der NÖ Gemeindereferent nun vor allem Handlungsbedarf auf anderen Verwaltungsebenen.

Im Bereich der kommunalen Versorgung beschloß der Gemeindetag jedenfalls eine einstimmige Resolution, die sich gegen die vom Bund geplante Privatisierung der Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungseinrichtungen der Gemeinden wendet. "Die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit reinem Trinkwasser darf nicht zum lukrativen Geschäftszweig für in- und ausländische Konzerne werden. Wasser ist ein Gemeingut. Unsere Bevölkerung hat das Recht auf günstiges Trinkwasser, das für alle in gleicher Weise vorhanden sein muss. Auch darf Trinkwasser nicht zu einer ‚reinen Handelsware‘ werden, wo die Gewinninteressen der Maßstab aller Dinge sind", so NÖ Gemeindereferent LR Knotzer abschließend. (Schluss) fa

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ

Tel: 02742/9005 DW 12794

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0023 2001-06-23/10:31

231031 Jun 01

Kommunales/Gemeindegund/Steiermark/Fischer/Bartenstein

Gemeindetag 2 - Bartenstein: Gemeinden sollen Kinderbetreuung fördern

Utl.: Durch Kindergeld frei werdende Mittel der Sondernotstandshilfe
dafür verwenden - Klasnic: Gemeinden nicht ausdünnen Schladming/APA =

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (V) appellierte am Freitag beim Gemeindetag in Schladming an die Kommunen, verstärkt in Kinderbetreuungseinrichtungen zu investieren. Mittel dafür würden zur Verfügung stehen, weil sich die Gemeinden nach der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes jährlich 180 Millionen Schilling (13,08 Mill. Euro) ersparen könnten. Auch sollten die Gemeinden im kommenden Jahr in jenen Fällen einspringen, wo durch die Stichtagsregelung beim Kindergeld noch kein Anspruch darauf bestehe.

Konkret denkt der Minister daran, dass die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen bedarfsorientiert gestaltet werden sollten, auch die Förderung von Tagesmutterprojekten sei wünschenswert. Die Gemeinden könnten damit wesentlich zu einer Vergrößerung der Wahlfreiheit und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen.

Ein zweiter Wunsch Bartensteins: Die Kommunen sollten freiwillig das baurechtliche Verfahren bei Betriebsanlagen an die Bezirkshauptmannschaften abtreten. Damit könnten dort bau- und betriebsrechtliches Verfahren in einem abgewickelt werden. Diese Übertragung der Zuständigkeit könnte vom jeweiligen Landeshauptmann auf Antrag der Gemeinde per Verordnung bestimmt werden.

Auch der Minister betonte die Vorteile einer EU-Erweiterung. Es gebe die Chance, einen umfassenden europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen. Langfristig seien dynamische Wachstumseffekte zu erwarten, wobei ländliche Teilgebiete der österreichischen Grenzregionen strategisch neu auszurichten sein werden. In einer eventuellen Pendlerproblematik sieht Bartenstein keine Gefahr, da jüngste Untersuchungen nur eine moderate und überschaubare Migrationsbewegung erwarten lassen. Auch der freie Dienstleistungsverkehr müsse nicht als Bedrohung gesehen werden, öffne er doch auch heimischen Anbietern von höherwertigen Dienstleistungen neue Perspektiven. Den Gemeinden in den Grenzregionen solle jede Unterstützung zukommen, damit sie zu den Gewinnern der Erweiterung zählen, betonte der Minister.

Die steirische Landeshauptfrau Waltraud Klasnic sprach sich für eine faire und gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aus. Die kommunale Leistungsfähigkeit müsse gesichert werden, bei der Verwaltungsreform dürfe nicht auf Kosten der Gemeinden und Regionen gespart werden, vielmehr müssten die "Zentralbürokratien" abspecken. Denn Gemeindepolitik sei bürgernahe Politik, Aufgabe der Kommunen sei es auch, für den Erhalt der Tradition und Menschlichkeit in unserer Gesellschaft zu sorgen.

(Schluss) ws/lm

APA0379 2001-06-22/13:42

221342 Jun 01

Gemeinden sollen Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen

Utl.: Bartenstein beim Österreichischen Gemeindetag (2)=

Wien (BMWA-OTS) - Mit der nun festgelegten Auszahlung des Kinderbetreuungsgeld bis zum 36. Lebensmonat des Kindes, so Bartenstein, entfällt in der Zukunft die Notwendigkeit der Sondernotstandhilfe, was für die Gemeinden eine Ersparnis von rund 180 Millionen Schilling (13,1 Millionen Euro) bedeutet. Diese Ersparnis - so der Appell des Ministers - sollte von den Gemeinden verstärkt in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen - bedarfsorientierte Öffnungszeiten, Förderung von Tagesmutterprojekten und dergleichen - investiert werden. Im Jahr 2002 wäre die Unterstützung von Härtefällen, die durch den Stichtag 1.1.2002 keinen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld haben, sinnvoll. Damit könnten die Gemeinden wesentlich dazu beitragen, ein wichtiges Anliegen des Kinderbetreuungsgeldes - nämlich eine Vergrößerung der Wahlfreiheit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen - zu unterstützen.

Zwtl.: Regionalförderung und EU-Erweiterung

Ein besonderes Kapitel widmete Bartenstein in seinen Ausführungen den Regionalförderungsprogrammen und den Grenzregionen zu den Beitrittsländern an Ostösterreich (MOEL - Mittel- und osteuropäische Länder). Nachdem von 1995 bis 1999 mehr als 6 Milliarden Schilling an Strukturfondsmitteln aus der EU für Projekte in den österreichischen MOEL-Grenzregionen bewilligt wurden, stehen in der Periode 2000 bis 2006 in dem mit der "Agenda 2000" beschlossenen EU-Finanzrahmen gegenüber der Vorperiode sogar erhöhte Mittel zur Verfügung. In den Grenzregionen können daher, so der Minister, fast alle Projekte, die einen sinnvollen Beitrag zur Vorbereitung auf die EU-Erweiterung leisten, im Rahmen der EU-Programme gefördert werden. Der Beitritt der Nachbarländer zur EU werde die Chance für einen umfassenden europäischen Wirtschaftsraum schaffen und eine der wichtigsten Herausforderungen für die EU, ihre Mitgliedstaaten und die Beitrittskandidaten darstellen, kündigte Bartenstein an. Er erwartet sich langfristige dynamische Wachstumseffekte, wobei ländliche Teilgebiete der österreichischen Grenzregionen strategisch neu auszurichten und Chancen für grenzüberschreitende Angebotsgestaltung zu ergreifen sein werden. In einer eventuellen Pendlerproblematik sieht Bartenstein keine Gefahr, da jüngste Untersuchungen nur eine moderate und überschaubare Migrationsbewegung erwarten lassen. Auch der freie Dienstleistungsverkehr müsse nicht als Bedrohung gesehen werden, öffne er doch auch heimischen Anbietern von höherwertigen Dienstleistungen neue und günstige Marktperspektiven. Österreichs Wirtschaft habe bisher von der Ostöffnung erheblich profitiert, der Beitritt der Nachbarländer zur EU werde neue und vielfältige Chancen bieten, zeigte sich Bartenstein überzeugt. Wo es nötig ist, werde den Gemeinden in den Grenzregionen jegliche Unterstützung zuteil werden, dass auch sie zu den Gewinnern der EU-Erweiterung zählen, versprach der Minister abschließen.

Schluss

Rückfragehinweis: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Ministerbüro: Dr. Ingrid Nemeč, Tel: (01) 71100-5108 Presseabteilung: Dr. Harald Hoyer, Tel: (01) 71100-2058

E-Mail: presseabteilung@bmwa.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0188 2001-06-22/13:02

221302 Jun 01

OTS0187 5 II 0416 MWA003 WI

Fr, 22.Jun 2001

Kommunales/Bartenstein/Gemeindetag

OTS-PRESSEAUSSENDUNG

Leistungen der Gemeinden unverzichtbar

Utl.: Minister Bartenstein beim 48. Österreichischen Gemeindetag in Schladming=

Wien (BMWA-OTS) - "Österreich kann mit seiner föderalen Struktur auf die Leistungen seiner Gemeinden nicht verzichten. Sie sind gelebte Bürgernähe der Verwaltung, bilden das Rückgrat des Tourismus, spielen bei Standortüberlegungen eine wichtige Rolle und sorgen mit verschiedensten

Sozialeinrichtungen für das Wohlergehen der Bevölkerung." Mit diesen Worten würdigte Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin Bartenstein heute beim 48. Österreichischen Gemeindetag in Schladming die Leistungen der Gemeinden für Österreichs Bevölkerung, Verwaltung und Wirtschaft. ****

Vor allem die Tourismuswirtschaft profitiere von den Leistungen der Gemeinden, führte der Minister aus. Sie sorgen für Neu- und Ausbau der Infrastruktur und kümmern sich um den kulturellen Bereich durch die Erhaltung historischer Ortskerne und Einzelbauten, die Organisation von Veranstaltungen, die Führung von Museen und dergleichen. Vor allem der Kulturtourismus - mit seinen vielfältigen Ausprägungen eine der wichtigsten Angebotssäulen - ist daher ein Nutznießer der kommunalen Leistungen. Unter Hinweis auf die relativ starke räumliche Konzentration des Tourismus - in den Wintermonaten konzentriert sich rund die Hälfte des Aufkommens auf die 50 bedeutendsten Gemeinden, obwohl es insgesamt 1.600 Tourismusgemeinden (definitionsgemäß Orte mit mehr als 3.000 Nächtigungen im Jahr) gibt - unterstrich Bartenstein sein Interesse daran, dass mehr Gemeinden von den tourismuspolitischen Möglichkeiten profitieren können. Das Ministerium unterstütze daher unter anderem die strategischen Schwerpunktprogramme des Destination Monitor Management Austria (DMMA) und trete generell für die Errichtung gemeindeübergreifender Verbände ein. Mit dem für 2001 erwarteten Umsatz von rund 223,2 Milliarden Schilling (16,22 Milliarden Euro) wird der Tourismus eine Wertschöpfung von zirka 192 Milliarden Schilling (13,95 Milliarden Euro) erwirtschaften und einen Anteil von 6,5 % am Bruttoinlandsprodukt haben. Tourismus bringe daher nicht nur Finanzkraft und Wohlstand in die Gemeinden, sondern schaffe auch Arbeitsplätze .

Zwtl.: Beitrag der Gemeinden zur Verwaltungsreform

Die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren ist ein wesentliches Kriterium für Betriebsansiedlungen und somit ein Schlüsselpunkt der Verwaltungsreform. Es gilt die Verfahren auf eine Stelle zu konzentrieren, sie zu beschleunigen und den Instanzenzug auf nur 2 Instanzen zu verkürzen. Bartenstein appelliert an die Gemeinden, freiwillig das baurechtliche Verfahren bei Betriebsanlagen an die Bezirkshauptmannschaften zu delegieren, wodurch bei der BH Baurechts- und Betriebsanlagenverfahren gemeinsam abgewickelt werden könnten. Dies kann nach Art. 118 B-VG auf Antrag der Gemeinde der Landeshauptmann durch Verordnung bestimmen. "Das wird bereits in vielen österreichischen Gemeinden mit Erfolg gehandhabt und somit ein wesentlicher Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung geleistet", so der Bundesminister.

Fortsetzung

Rückfragehinweis: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Ministerbüro: Dr. Ingrid Nemeč, Tel: (01) 71100-5108 Presseabteilung: Dr. Harald Hoyer, Tel: (01) 71100-2058

E-Mail: presseabteilung@bmwa.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0187 2001-06-22/13:00

221300 Jun 01

APA0195 5 II 0419 WI

Fr, 22.Jun 2001

Kommunales/Gemeindebund/Steiermark/Fischer/Bartenstein

Gemeindetag - Fischer: Infrastruktur auch mit Krediten finanzieren 1

Utl.: Mödlhammer: Keine neuen Aufgaben für Kommunen ohne finanzielle Gegenleistung - Skepsis gegenüber Privatisierung =

Schladming (APA) - Die Bedeutung der Gemeinden als Wirtschaftsfaktor stand am Freitag im Mittelpunkt des 48. Gemeindetages in Schladming. Gemeindebundpräsident Hermann Mödlhammer betonte dabei einmal mehr, dass den Kommunen nicht ohne finanzielle Gegenleistung weitere

Aufgaben übertragen werden dürfen, um den Spielraum für für Investitionen nicht noch weiter einzuengen. Nationalratspräsident Heinz Fischer (S) betonte, auch die öffentliche Hand müsse - so wie Private - "in sinnvoller und angemessener Weise" Kredite für die Verbesserung der Infrastruktur und Investitionen aufnehmen können.

"Wer ein Kraftwerk, ein Krankenhaus oder eine Bildungseinrichtung teilweise mit Krediten finanziert, ist deshalb kein verantwortungsloser Schuldenmacher", betonte der Nationalratspräsident. Fischer legte auch ein Bekenntnis zu kommunalem Eigentum etwa an Wäldern und Seen ab. Der Chancengleichheit des Zugangs zur Natur und der Bürgernähe sei damit besser gedient als durch den Verkauf an Private.

Fischer rief die Bürgermeister außerdem zur Mitarbeit an der Verwirklichung der "großartigen Vision" einer erweiterten EU, die auch die ehemals kommunistischen Staaten mit einschließt. Dieses Zusammenwachsen der europäischen Familie sei alles andere als eine leichte Aufgabe, die man sich nicht selbst noch erschweren sollte. Er sei jedenfalls "sehr besorgt" über die Idee einer Erweiterungs-Volksabstimmung, wobei er sich ausdrücklich den "Warnungen" von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (V) anschloss: Auch die Österreicher hätten es nicht gerne gesehen, wenn über ihren Beitritt abgestimmt worden wäre.

Auch Mödlhammer zeigte sich skeptisch gegenüber Privatisierungen zumindest in Bereichen der "Daseinsvorsorge" wie Wasserversorgung sowie Abwasser- und Müllentsorgung. Es gebe sicher interessante Möglichkeiten der Koalition mit privaten, aber die Letztentscheidung müsse bei den Kommunen bleiben: "Mir ist ein kommunales Monopol, das seine Entscheidungen vor Ort trifft und das sich bei den Gemeinderatswahlen regelmäßig den Bürgern zu stellen hat, wesentlich sympathischer als ein privates Monopol, dessen Manager weitab vom Schuss sitzen, womöglich im Ausland."

Der Gemeindebundpräsident rief auch dazu auf, die Stärkung vor allem kleiner Gemeinden als "nationale Aufgabe" zu sehen. Nach 1945 sei es als nationale Aufgabe auch von den Menschen im ländlichen Raum mit getragen worden, die zerstörten Ballungszentren und die Großindustrie wieder aufzubauen. Nach dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel werde nun aber der Nachholbedarf des ländlichen Raumes immer deutlicher. Dabei brauche es die Gemeinden, und dabei brauche es etwa eine völlige Abkehr vom abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der größere Kommunen im Finanzausgleich bevorzugt.

Die ländlichen Gemeinden hätten auch für den städtischen Bereich wichtige Funktionen zu erfüllen, betonte Mödlhammer in diesem Zusammenhang - als Erholungsraum und als Lieferant für gesunde Lebensmittel.

(Forts.) ws/lm

APA0195 2001-06-22/11:19

221119 Jun 01

OTS0053 5 II 0423 NPA002

Fr, 22. Jun 2001

Parlament/Gemeindetag/Fischer

OTS-PRESSEAUSSENDUNG

DIE GROSSE VISION EINES GRÖßEREN EUROPA Präsident Fischer beim 48. Österreichischen Gemeindetag=

Wien/Schladming (PK) - Die große Vision eines größeren Europa stellte Nationalratspräsident Heinz Fischer in den Mittelpunkt seiner Rede heute beim 48. Österreichischen Gemeindetag in Schladming. Politik dürfe nicht nur aus Kleinkram und Taktik bestehen, sie benötige auch Visionen, betonte Fischer, und er glaube, "dass eine erweiterte Union, eine Zone des Friedens und der Stabilität, die von Irland bis Griechenland, von Finnland bis Zypern reicht, eine großartige Vision darstellt." Ziel sei nicht der "europäische Superstaat", sondern eine "friedlich zusammenwachsende europäische Familie, die ihre ethnischen, kulturellen, historischen und regionalen Verschiedenheiten nicht verdrängt, sondern pflegt und bewahrt". Die beim Gemeindetag in Schladming versammelten Bürgermeister lud Fischer zur Mitarbeit bei der Verwirklichung dieser Vision ein.

Einmal mehr wandte sich der Nationalratspräsident gegen die Idee einer Volksabstimmung über die Erweiterung der Union und zeigte sich darüber "sehr besorgt". Die Hürden zur Erweiterung seien schon heute auf beiden Seiten übermenschlich groß. Die Vorstellung, dass das gesamte Konzept der Erweiterung zusammenbricht, weil in einem Staat bei einem Referendum eine knappe Mehrheit dagegen stimme, sei unbefriedigend.

Die Gemeinden - die im provisorischen Gemeindegesetz von 1849 als "Grundfeste des Staates" beschrieben wurden - hätten gemäß der Verfassung die Möglichkeit, im Rahmen der österreichischen Mitgliedschaft in der EU ihre Interessen zu vertreten. Fischer verwies auf die in der Verfassung normierte Verpflichtung des Bundes, Länder und Gemeinden über Vorhaben in der EU zu informieren. Der Nationalratspräsident kam in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des ländlichen Raums zu sprechen, in dem die Bürger Arbeitschancen, Kulturchancen und Lebenschancen vorfinden müssten. Der Jugend müsse eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht werden. Maßnahmen, durch die Infrastruktur reduziert würde, müssten daher auf das sorgfältigste geprüft werden, betonte Fischer. Dabei seien budgetäre Kriterien wichtige, aber nicht die einzigen Kriterien.

Der so genannte "schlanke Staat" sei kein Selbstzweck, sagte Präsident Fischer weiter und bekannte sich als Anhänger eines "starken Staates" im Sinne eines effizienten, bürgernahen und leistungsfähigen Staates - was auch für die Gemeinden gelte.

Fischer wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Diskriminierung öffentlichen Eigentums: "So, wie es dem privaten Unternehmer nicht verwehrt ist, einen Teil seiner Investitionen durch Kredite zu finanzieren, darf es der öffentlichen Hand, der Gemeinde ebenfalls nicht verwehrt sein, in sinnvoller und angemessener Weise Kredite in Anspruch zu nehmen, die der Verbesserung der Infrastruktur bzw. der Durchführung von Investitionen dienen." Wer ein Kraftwerk, ein Krankenhaus oder eine Bildungseinrichtung teilweise mit Krediten finanziere, sei kein verantwortungsloser Schuldenmacher, sagte Fischer.

(Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640
e-Mail: pk@parlament.gv.at, Internet: <http://www.parlament.gv.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0053 2001-06-22/09:42

220942 Jun 01

APA0368 5 II 0589

Do, 21. Jun 2001

Kommunales/Gemeindebund/Steiermark

Selbstbewusste Gemeinden fordern mehr Einbindung in Verwaltungsreform

Utl.: "Andere Gebietskörperschaften sind da lange noch nicht so erfinderisch" - Mödlhammer verärgert über Strasser =

Schladming (APA) - Voller Selbstbewusstsein präsentieren sich die österreichischen Kommunen Donnerstag und Freitag beim 48. Gemeindetag in Schladming. Der vereinbarte Beitrag zum Nulldefizit - in Summe ein ausgeglichenes Budget - sei bereits im Vorjahr erreicht worden, so Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer in einer Pressekonferenz zum Auftakt der Tagung, auch seien die Kommunen "die besten Verwalter des öffentlichen Geldes". Dem entsprechend fordert Mödlhammer für die Gemeinden auch mehr Einbindung in alle geplanten Reformen auf unterer Ebene - bei den Schließungsplänen für Bezirksgerichte und Postämter genauso wie bei denen für Gendarmerieposten. ****

Bei den Posten fühlen sich die Kommunen freilich übergangen. Für den 5. Juli sei ein Gespräch mit Innenminister Ernst Strasser (V) darüber vereinbart, so Mödlhammer. Nun gebe es aber offenbar in einigen Ländern bereits eine Einigung: "Das ist keine faire Partnerschaft." Seitens der Kommunen werde nicht einfach jegliche Reform abgelehnt, betonte der Präsident, es dürfe bloß nicht heißen, dass einfach alle Posten unter einer bestimmten Größe zugesperrt werden. Es dürfe nicht zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft von Gemeinden mit und solchen ohne Infrastruktur kommen. Vielmehr müssten auch die regionalen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Und darüber wüssten wiederum am besten die Bürgermeister Bescheid.

Ins selbe Horn stößt auch Hermann Kröll, Vizepräsident des Gemeindebundes und Bürgermeister von Schladming. Sein Bezirk Liezen sei größer als Vorarlberg. Hier nur mehr ein Gericht in der Bezirkshauptstadt zu haben, würde Anfahrtswege von bis zu 70 Kilometern auf einer Strecke mit dichtem Verkehr bedeuten.

Aus Sicht der Gemeindevertreter gehen manche Reformansätze jedenfalls in die falsche Richtung. "Unten alles weg zu kürzen, damit oben alles bleiben kann, wie es ist. - Das ist keine Reform", betonte Kröll. Der Staat müsse den Bürgern entgegen kommen.

Die finanzielle Lage der Gemeinden sei eine gute, hofft Mödlhammer, dass die Kommunen wieder stärker als Motor der Konjunktur auftreten können. Auftragsrückgänge in der Bauwirtschaft seien auch darauf zurück zu führen, dass die Gemeinden Investitionen zurück geschraubt hätten. Das solle sich wieder ändern, auch dank eines bisherigen Einnahmenplus von 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist laut Mödlhammer auf ein Plus bei den Ertragsanteilen aus den öffentlichen Abgaben wegen der guten wirtschaftlichen Lage zurück zu führen. Bei anhaltendem Trend wäre daher für heuer das Budgetziel leicht zu schaffen. Freilich: "Wehe es kommt zu einer Konjunkturabschwächung."

Die Kommunen hätten aber auch intern gespart, betonte Mödlhammer: "Die Bürgermeister sind da sehr erfinderisch. Andere Gebietskörperschaften sind da lange noch nicht so erfinderisch." Der Gemeindebundpräsident bekräftigte daher auch seine Absage an eine voreilige Ankündigung einer Steuerreform: "Zunächst soll der Bund sparen und schauen, wie er sein Defizit abbaut. Und dann erst soll er an eine allfällige Verteilung denken."

Zusammengefasst sind die Forderungen der Kommunen in einer Resolution, die von den Delegierten des Städtetages am Freitag beschlossen werden soll. Darin findet sich u.a. die Forderung nach einer vollständigen Ausfallhaftung des Bundes, sollte die Ersatzlösung für die Getränkesteuer vor dem Europäischen Gerichtshof nicht stand halten sowie nach einer Aufwertung der kommunalen Selbstverwaltung im Zuge der Steuerreform. Die Kosten für in diesem Zusammenhang von anderen Gebietskörperschaften übernommene Aufgaben müssten freilich abgegolten werden.

Neben dem Städtetag findet in Schladming derzeit auch die Fachmesse "Kommunal" mit mehr als 150 Ausstellern aus sieben Nationen statt. Für Donnerstagnachmittag war eine Fachtagung zum Thema "Die Rolle der Gemeinden für die touristische Entwicklung" angesetzt. Morgen, Freitag, schließlich steht der eigentliche Gemeindetag auf dem Programm. Als Redner werden u.a. Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (V), Nationalratspräsident Heinz Fischer (S) und die steirische Landeshauptfrau Waltraud Klasnic erwartet.

(Schluss) ws/je

APA0368 2001-06-21/13:15

211315 Jun 01

APA0137 5 II 0149 WI

Di, 05.Jun 2001

Veranstaltung/Kommunales/Österreich/Steiermark/Vorschau

Über 1600 Kommunalpolitiker treffen in Schladming zusammen

Utl.: Österreichischer Gemeindetag am 21./22. Juni zum Thema

"Wirtschaftsfaktor Gemeinde" =

Graz (APA) - Die wirtschaftliche Bedeutung der Gemeinden steht heuer im Mittelpunkt des Österreichischen Gemeindetages, der von 21. bis 22. Juni in Schladming stattfindet. Zur größten kommunalpolitischen Tagung des Jahres werden rund 1600 Delegierte und insgesamt 3000 Gäste erwartet. *****

"Die Gemeinden als stabiler Wirtschaftsfaktor" ist das Motto der Tagung, zu dem Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (V) das Hauptreferat halten wird. Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, richtete im Vorfeld eine "ernste Mahnung" an die Adresse der Bundesregierung: "Die Bürden des Sparkurses dürfen nicht einseitig auf die kommunale Infrastruktur und somit auf die Lebensqualität der Bürger verteilt werden".

Neben einer Parallel abgehaltenen Kommunalmesse wird es am Gemeindegtag auch eine Fachtagung zur Rolle der Gemeinden für die touristische Entwicklung geben, an der u.a. Staatssekretärin Mares Rossmann (F) teilnehmen wird.

(Schluss) wp/bei

APA0137 2001-06-05/10:22

051022 Jun 01